

# Wieder mehr kämpferische Töne im härteren Klima

Mehr Rechte für die Arbeitenden und Solidarität waren zentrale Themen auf dem Landsgemeindeplatz

**Vorwürfe gab es am 1. Mai gegen die Auswirkungen neoliberaler Wirtschaftspolitik, aber auch an die Adresse von Sharon.**

«Wer ist denn der Markt?», fragte die Zuger SGA-Gemeinderätin Marianne Zehnder vor den rund 150 Versammelten. «Wir.» Damit waren die Arbeitenden und die Konsumentinnen und Konsumenten gemeint. Es gehe um Menschen und nicht um blossen Profit. Zehnder appellierte unter anderem an die Solidarität mit dem Verkaufspersonal. Sie rief dafür auf, das neue Ladenöffnungsgesetz zu verwerfen. Solidarität aber auch mit den Opfern im Nahen Osten, «wo Sharon mit unglaublicher Kaltblütigkeit seine eigenen Interessen eines Grossisrael verfolgt». Die Schweiz solle jegliche Zusammenarbeit mit der israelischen Armee einstellen.

**«Mehr soziale Sicherheit»**

Es wachse die Einsicht, dass der Shareholdervalue nur einer von mehreren Werten sei, sagte

Regierungsrätin Brigitte Profos. «Es ist höchste Zeit für die Überzeugung, dass die Mitarbeiterschaft für die Unternehmen in der Zukunft wieder den entscheidenden Wert darstellt.» Es gehe nicht an, dass im reichen Kanton Zug Workingpoor leben. Sie forderte mehr soziale Sicherheit für die Arbeitenden. Neben gerechten Löhnen und einem besseren Altersschutz betreffe das auch die Einrichtung genügend vieler Krippenplätze. Die beiden Politikerinnen machten sich auch stark für die Fristenregelung aus Gründen der Solidarität mit den Frauen.

**«Nichts wird geschenkt»**

Gewerkschaftspräsident Bruno Bollinger verwies darauf, dass einem Rechte nicht geschenkt würden. Es lohne sich, dafür zu kämpfen, das habe die Senkung des Pensionsalters beim Bau gezeigt. Ein Beispiel eben, dass man sich organisieren und mobilisieren müsse, um etwas zu erreichen.

Bei der Revision der Arbeitslosenversicherung stösst neben weniger Taggeldern, 400

statt jetzt 520, vor allem sauer auf, dass hohe Einkommen ab 750 000 Franken von der Beitragspflicht befreit werden

sollen. Sybilla Schmid vom Gewerkschaftsbund Zug rief auf, das zum Referendum gegen die Revision der Arbeits-

losenversicherung zu unterschreiben.

**«Menschliche Integration»**

Im Namen der zahlreich erschienenen Ausländern sprach Ganga Jey Aratnam, Vorstandsmitglied des Integrationsnetzes Zug. Die neue nationalistische Haltung erschwere eine «mensenrechtskonforme» Integration der Ausländer. Früher habe es die Drogensüchtigen betroffen, jetzt vermehrt die Ausländer. Für die Ausländer, die beispielsweise kein Stimmrecht besitzen, ist der 1. Mai eine der wenigen Möglichkeiten, auf sich aufmerksam zu machen. Der Tamile Aratnam forderte die Linke auf, populistische Anliegen «in die Defensive zu zwingen» und geeite die Führung in der anspruchsvollen Frage der Integration zu übernehmen. Handlungsbedarf bestehe vor allem darin, die Bedingungen der Ausländer auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Kritik übte Aratnam auch an der starken Begrenzung von Immigranten von ausserhalb des EU-Raumes.



Sozialdirektorin Brigitte Profos (vorne) und Gemeinderätin Marianne Zehnder (hinten rechts) im angeregten Gespräch mit Teilnehmerinnen der Kundgebung.

FOTO DANIEL FRISCHHERZ

ERICH HIRTLER